



Tschechien: Wirtschaft mit Widerstandskraft

Trotz diverser Belastungen wächst die tschechische Wirtschaft 2026 solide. Die Krone zeigt sich wenig beeinträchtigt und die Zentralbank untermauert ihre Stabilitätsorientierung.



Marion Dezenter
Senior Country Analyst
Tel. 069/91 32-28 41

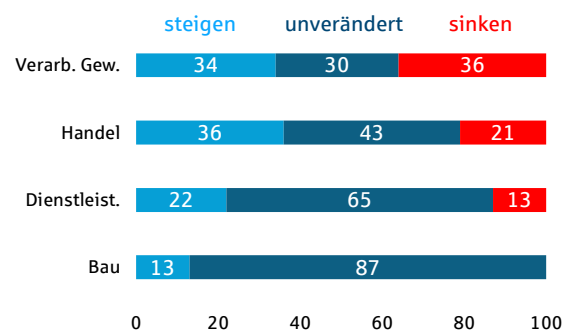
Die tschechische Wirtschaft ist im EU-Vergleich gut ins Jahr gestartet: Im ersten Quartal legte das Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Vergleich zum Vorjahr um 2,2 % zu, zum Vorquartal um 0,2 %. Die Verbraucher profitieren von den kräftigen Lohnsteigerungen, die im Quartalsdurchschnitt 8,1 % (inflationsbereinigt: 6,4 %) betragen. Auch wenn der Jahresdurchschnitt darunter liegen dürfte, wird der Reallohnzuwachs den Konsum unterstützen. Die Arbeitslosenquote ist mit zuletzt 4,8 % noch moderat, harmonisiert nach EU-Vorgaben lag sie sogar nur bei 3,1 % – eine der niedrigsten in der EU. Dies stärkt die Position der Arbeitnehmer. Da außerdem Wachstumsimpulse vom Abruf offener EU-Fördermittel, von einer expandierenden Rüstungsindustrie und von Investitionen in die E-Mobilität kommen, dürfte beim **Wirtschaftswachstum 2026 eine 2 vor dem Komma** stehen.

Den Preisanstieg durch Energieknappheit infolge des Irankriegs bremste der Staat durch Steuererleichterungen und Obergrenzen bei Diesel. Mit der Einigung der Kriegsparteien sind die Energiepreise zurückgegangen. Wo Vorprodukte teuer eingekauft werden mussten, sind aber Zweitrundeneffekte möglich. In der zweiten Jahreshälfte dürfte die **Inflation** höher ausfallen und **im Jahresdurchschnitt 2,5 %** erreichen.

Die jährlich von der **Auslandshandelskammer** befragten Unternehmen sind laut der jüngsten **Erhebung vom April** positiver gestimmt: Mit 44 % schätzen deutlich mehr der Befragten als im letzten Jahr (+ 10 Prozentpunkte) ihre aktuelle Geschäftslage als gut ein, ebenso viele bezeichnen sie als befriedigend. Nur 12 % halten sie für schlecht, das ist der niedrigste Stand seit 2023. Optimistisch sind vor allem Handelsunternehmen: rund zwei Drittel sind davon überzeugt, dass es 2026 aufwärts geht. Die Ausgangslage für eine steigende Investitionstätigkeit der Unternehmen hat sich damit verbessert. Zwar dürften die Antworten die Auswirkungen des Irankriegs noch nicht ganz widerspiegeln. Jedoch bestätigt der Einkaufsmanagerindex im Verarbeitenden Gewerbe im Mai trotz leichten Rückgangs das deutlich höhere Niveau im Vergleich zum Vorjahr.

Beschäftigungsperspektiven branchenabhängig

Einschätzung der Beschäftigung 2026 durch Unternehmen, %



Quellen: DTIHK-Konjunkturumfrage, Helaba Research

Bedeutung von KI nimmt zu

Von steigender Beschäftigung gehen allerdings weniger Unternehmen aus. Vor allem das Verarbeitende Gewerbe ist zurückhaltend. Hier dürfte **der vermehrte Einsatz von KI** eine Rolle spielen. Angesichts von Fachkräftemangel und steigenden Löhnen werden Arbeitgeber vermehrt die Vorteile von KI nutzen. Deren Verwendung in tschechischen Unternehmen ist von 2024 (rund 11 %) auf 2025 (rund 18 %) kräftig gestiegen und liegt damit fast auf EU-Durchschnitt.

		2024	2025	2026p	2027p
BIP, real*	%gg. Vj.	1,1	2,6	2,0	2,5
Inflationsrate	%gg. Vj.	2,4	2,5	2,5	2,8
Arbeitslosenquote	%	3,8	4,4	4,8	4,5
Budgetsaldo	%des BIP	-2,0	-2,1	-2,7	-3,0

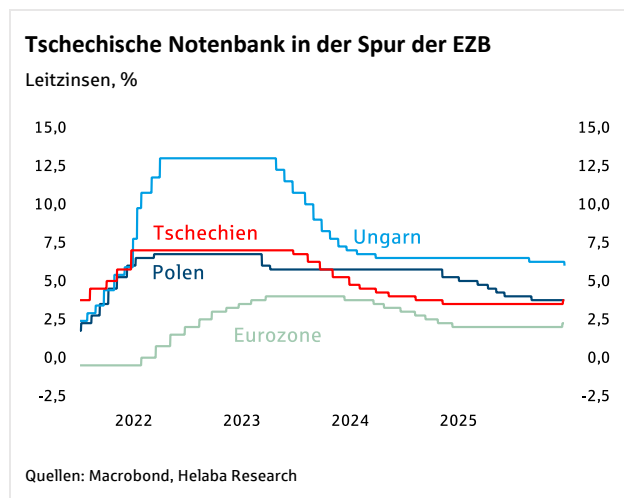
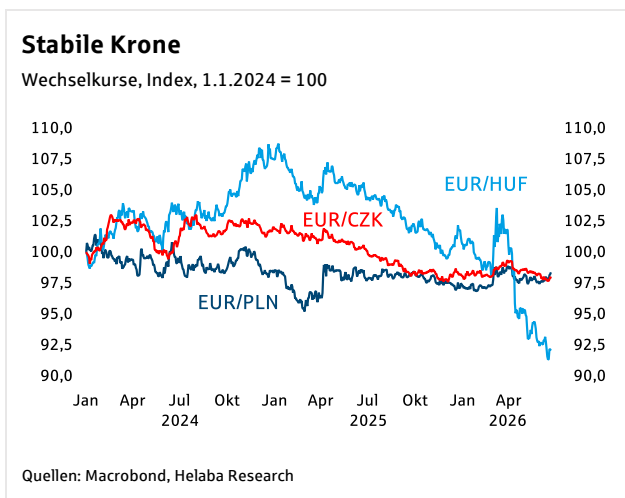
*kalenderbereinigt; Quellen: EIU, Eurostat, Macrobond, Helaba Research

Energie- und Rohstoffpreisanstieg sowie Fachkräftemangel gehören für die Unternehmen in den nächsten Monaten zu den größten Risiken. Auch eine mangelnde Nachfrage und hohe Arbeitskosten werden befürchtet. Längerfristig spielt die verlässliche Verfügbarkeit von Energie und Rohstoffen eine wichtige Rolle. Auch die politische Stabilität, die Wirtschaftspolitik und die Demografie werden als Risikofaktoren wahrgenommen. 90 % der Unternehmen sprechen sich für die stärkere Koordinierung der Energiepolitik auf europäischer Ebene aus, um die Wettbewerbsfähigkeit zu sichern. Viele geben an, selbst in Energieerzeugung und -effizienz investieren zu wollen.

Auch der Staat ergreift hier Maßnahmen: die Regierung erklärte 2025 nach dem Anschluss an die Transalpine Pipeline (TAL), die Öl von Triest über Österreich nach Deutschland leitet, die komplette Unabhängigkeit von russischem Öl. Der Bezug von russischem Gas wurde 2025 auf europäische und US-amerikanische Quellen umgestellt. Zudem wird massiv in den **Ausbau von Kernenergie** investiert. Die Investitionen in Infrastruktur sowie Digitalisierung, die von der EU gefördert werden, kommen in nächster Zeit dem Wirtschaftswachstum zugute.

Zentralbank folgt dem EZB-Zinsschritt

Der Verbraucherpreisanstieg blieb mit 2,5 % im April und 2,1 % im Mai moderat und **vereinbar mit dem Inflationsziel** der tschechischen Nationalbank CNB (2 % +/- 1 Prozentpunkt). Die unter anderem um Nahrungsmittel- sowie Spritpreise bereinigte Kerninflation verharrt allerdings bei 2,9 %. In der Kombination mit den kräftig steigenden Löhnen war dies für die Zentralbank ausschlaggebend, um in ihrer Sitzung Mitte Juni den Leitzins um 25 Basispunkte auf 3,75 % anzuheben und damit dem Zinsschritt der EZB zu folgen. Wird das jüngst unterzeichnete Abkommen der USA mit dem Iran erfolgreich umgesetzt, sollte die Inflation im Jahresdurchschnitt im Rahmen des Inflationsziels bleiben. Einen **weiteren Zinsschritt** wird die CNB dann vornehmen, wenn die **Lohnentwicklung oder Zweitrundeneffekte** aus Energiepreisen auf ein steigendes Inflationsrisiko hindeuten.



Der Irankrieg schwächte die Währung nur kurzfristig: Die Tschechische Krone hat seit April zum Euro an Wert gewonnen und lag zuletzt bei gut 24 Kronen je Euro. Die Wirtschaft wächst deutlich oberhalb des EU-Durchschnitts und zum Ende des EU-Finanzrahmens 2021-2027 ist mit einer stärkeren Nutzung der verbleibenden Investitionszuschüsse zu rechnen. Da außerdem das Zinsniveau attraktiv bleibt, dürfte sich die Währung weiterhin stabil entwickeln. Die expansivere Fiskalpolitik schlägt sich in einer höheren Verschuldung nieder, die allerdings im EU-Vergleich gering ist (2025 rund 45 % des BIP gegenüber 82 % in der EU), sodass kein Grund für Zweifel an der Stabilität Tschechiens besteht. Im Jahresverlauf ist bei einer Normalisierung der Handelsströme in der Straße von Hormus mit Werten **um 24 Kronen je Euro** zu rechnen.

Politikwechsel unter neuer Regierung

Die Wahrscheinlichkeit, dass die CNB auch künftig selbständig agieren kann, ist hoch: Die vorherige Regierungskoalition der bürgerlichen Mitte war in der Frage der Euro-Einführung uneins. Ministerpräsident Babiš ist jedoch ein **erklärter Euro-Gegner**. Wegen eines Interessenskonflikts bei EU-Subventionen für seinen Konzern Agrofert

war er mehrfach in die Schlagzeilen geraten, verlor 2021 knapp die Parlamentswahl, wurde mit seiner Partei ANO im Dezember 2025 jedoch erneut ins Amt gewählt.

Auch wenn die Abkehr von der gemeinsamen Währung den beim EU-Beitritt 2004 eingegangenen Verpflichtungen zuwiderläuft, entspricht sie wohl der aktuellen Mehrheitsmeinung: Laut jüngstem **Eurobarometer** vom Frühjahr 2026 sind rund zwei Drittel der Tschechen gegen den Euro – so viele wie nirgends sonst in der EU. Dies mag mit einem allgemeinen Misstrauen gegenüber Institutionen zu tun haben, sowohl auf nationaler als auch auf EU-Ebene: Bei der Frage zum Vertrauen in die EU hatten die Tschechen mit 46 % einen Platz im letzten Fünftel der teilnehmenden Länder. Das Vertrauen in die eigene Regierung war mit 45 % genauso schwach, platziert die Tschechen im EU-Vergleich aber trotzdem im vorderen Drittel. Selbst die Mitgliedschaft in der EU halten nur 40 % für eine gute Sache, obwohl sich der Wohlstand des Landes seit 2004 stark verbessert hat: Inzwischen wird ein **Pro-Kopf-BIP von über 90 % des EU-Durchschnitts** (in Kaufkraftstandards) erreicht, was dem Level Spaniens und Italiens entspricht und über dem Polens (81 %) sowie Ungarns (76 %) liegt.

Auch abgesehen von der Haltung zum Euro steht die zweite Amtszeit von Ministerpräsident Babiš im Zeichen politischer Kehrtwenden: Dazu zählt die deutlich **expansivere Fiskalpolitik** mit einerseits höheren Sozialtransfers und Überlegungen zu Steuersenkungen, andererseits aber – entgegen dem internationalen Trend – Einsparungen bei Rüstungsausgaben. Die Munitionsinitiative der EU, durch die die Ukraine mit Rüstungsgütern versorgt wird, will Tschechien nicht mehr mitfinanzieren. Dennoch profitiert die **aufstrebende tschechische Rüstungsindustrie** von dem erhöhten Sicherheitsbedürfnis der EU-Länder und liefert in großem Umfang an die Ukraine. Die Exporte der Branche haben sich seit 2021 mehr als versechsfacht. Angesichts der wirtschaftlichen Vorteile aus der EU-Mitgliedschaft könnte eine allzu große Zurückhaltung bei gemeinsamen Initiativen für Unmut sorgen, zumal in einer Zeit, in der die EU mehr denn je auf Zusammenhalt angewiesen ist.



Hier können Sie sich für unsere Newsletter anmelden:

<https://news.helaba.de/research/>

Herausgeber und Redaktion

Helaba Research

Redaktion:

Dr. Stefan Mitropoulos

Verantwortlich:

Dr. Gertrud Rosa Traud

Chefvolkswirtin/
Head of Research

Neue Mainzer Str. 52-58

60311 Frankfurt am Main

T +49 69 / 91 32 – 20 24

Internet: www.helaba.com

Disclaimer

Die Publikation ist mit größter Sorgfalt bearbeitet worden. Sie enthält jedoch lediglich unverbindliche Analysen und Prognosen zu den gegenwärtigen und zukünftigen Marktverhältnissen. Die Angaben beruhen auf Quellen, die wir für zuverlässig halten, für deren Richtigkeit, Vollständigkeit oder Aktualität wir aber keine Gewähr übernehmen können. Sämtliche in dieser Publikation getroffenen Angaben dienen der Information. Sie dürfen nicht als Angebot oder Empfehlung für Anlageentscheidungen verstanden werden.